



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Bächler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Verena Osgyan, Tim Pargent** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Wärmepakt 2040: Rechtssicherheit für alle bayerischen Kommunen herstellen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich einen mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmten Gesetzentwurf für ein Landeswärmeplanungsgesetz mit folgenden Eckpunkten vorzulegen:

- Ziel der kommunalen Wärmeplanung ist ein klimaneutraler Gebäudebestand bis 2040.
- Für kleinere Kommunen und für die interkommunale Zusammenarbeit werden alle im Bundesrecht vorgesehenen Erleichterungen genutzt.
- Die von der Bundesregierung zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Fördermittel werden in der Höhe aufgestockt, die notwendig ist, um das Ziel der Staatsregierung der Klimaneutralität fünf Jahre früher als der Bund zu erreichen.

Begründung:

Die Bundesregierung hat mit der Einführung der Pflicht zur kommunalen Wärmeplanung bereits vor knapp einem Jahr den Startschuss für eine erfolgreiche Wärmewende gegeben. Diese Planung garantiert den Bürgerinnen und Bürgern in allen Landesteilen eine verlässliche Grundlage bei der Wahl der saubersten und wirtschaftlichsten Heiztechnik.

Während zahlreiche Kommunen die herausragende Bedeutung der Wärmeplanung längst erkannt haben und sich auf den Weg gemacht haben, klebt die Staatsregierung noch immer am Startblock fest. Der Grund: Vor knapp zwei Jahren hat die Staatsregierung die Klimaziele auf 2040 festgelegt. Bislang hat sie sich um die Konsequenzen daraus herumgedrückt. In einem Landeswärmeplanungsgesetz muss dieses Ziel aber als Leitlinie für kommunale Entscheidungen endlich gesetzlich verankert werden.

Der Schutz unserer Lebensgrundlagen vor einer aufgeheizten Welt und der Respekt vor unseren bayerischen Kommunen verlangt ein klares Bekenntnis zum 2040-Ziel und eine entsprechende finanzielle Förderung unserer Kommunen.